

Länder

Hoch die internationale Solidarität!

Von B.B. / 8. Juli 2012

Die Labour Party Pakistan hatte für den 20. – 27. Juni in 20 Ländern zu einer internationalen Solidaritätswoche für eine ganze Reihe verhafteter bzw. verurteilter Linker und Gewerkschaftsaktivisten in Pakistan aufgerufen. In Frankfurt/Main protestierten wir von dem Konsulat und in Berlin vor der Botschaft.

Die Labour Party Pakistan hatte für den 20. – 27. Juni in 20 Ländern zu einer internationalen Solidaritätswoche für eine ganze Reihe verhafteter bzw. verurteilter Linker und Gewerkschaftsaktivisten in Pakistan aufgerufen. In Frankfurt/Main protestierten wir von dem Konsulat und in Berlin vor der Botschaft.

Im Distrikt Gilgit-Baltistan in Nord Pakistan sitzen Baba Jan (Mitglied des Bundeskomitees der Labour Party Pakistan) und die vier Aktivisten Iftikhar Hussain, Rashid Minhas, Amir Khan and Sher Khan seit September 2011 in verschiedenen Gefängnissen. Sie sind aufgrund des sog. „Anti-Terror-Gesetzes“ angeklagt. Tatsächlich besteht ihr einziges Verbrechen darin, die Opfer einer gewaltsamen Evakuierung unterstützt zu haben. Diese fand nach einem Erdbeben im Hunza-Tal im Januar 2010 statt, der durch gewaltige Fluten ausgelöst worden war. Bei einem Protest der BewohnerInnen im August 2011 versuchte die Polizei, die Veranstaltung aufzulösen. Dabei wurde der junge Student Afzal Baig von der Polizei und später auch dessen Vater erschossen.

Anstatt die Verantwortlichen für die Morde zu bestrafen, klagten die Behörden 100 politische AktivistInnen darunter Baba Jan an, der seitdem inhaftiert ist. Weitere sechs Aktivisten der LPP wurden in Karim Abad, der größten Stadt im Hunza-Tal verhaftet, als sie Plakate klebten, die die Freilassung Baba Jans und seiner Genossen forderten.

In Faisalabad, dem Zentrum der Textilindustrie in Punjab wurden die sechs Gewerkschaftsaktivisten und Textilarbeiter Fazal Elahi, Mohammed Akbar, Rana Riaz, Malik Aslam, Babar Randhawa und Ali Asghar Ghaffari zu insgesamt 590 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie angeblich gegen das „Anti-Terror-Gesetz“ verstoßen haben. In Wirklichkeit versuchen sie dort, die TextilarbeiterInnen gewerkschaftlich zu organisieren. In Lahore im Pearl Continental Hotel kämpften die Angestellten um die Anerkennung ihrer Gewerkschaft, die sie im letzten Februar auch durchsetzen konnten. Daraufhin schob das Management den Gewerkschaftsaktivisten die Verwüstung und den Brand in einem Hotelzimmer in die Schuhe, denen weitere Anklagen folgten, die unter das „Anti-Terror-Gesetz“ fallen können.

Das „Anti-Terror-Gesetz“ in Pakistan entwickelt sich immer mehr zu einem Instrument, mit dem gegen linke und gewerkschaftliche AktivistInnen vorgegangen wird. Dem muss auch international Einhalt geboten werden.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Sonntag den 8. Juli 2012
in der Kategorie: **Länder, RSB4.**